

RENDEZ-VOUS

Vom Wert der Fliegen

Wie Hans-Dietrich Reckhaus, Produzent von Insektiziden, zum Insektenfreund wurde

Hans-Dietrich Reckhaus tötet und rettet Fliegen. Er hat die erste Ausgleichsfläche im Land für Insekten geschaffen und wurde mit dem Schweizer Ethikpreis ausgezeichnet. Der Unternehmer will sich mit langem Atem für Biodiversität einsetzen.

JÖRG KRUMMENACHER, GAIS

Das Flachdach liegt im Winterschatten des engen Talabschnitts zwischen Gais und Bühler. Hans-Dietrich Reckhaus, grossgewachsen und schlank, im dezent eleganten Anzug, sucht sich vorsichtig einen Weg durch die extensiv gestaltete Fläche mit Kies und Bodensubstrat, mit Haufen aus Totholz und Steinen, Sand, Gebüsch und Wassersprengeln. Er ist bemüht, nicht aufzutreten, wo er nicht auftreten soll. Muss sich Reckhaus nicht gerade für den Fotografen in Position stellen, ist das Betreten des Flachdachs tabu, denn seit letztem September ist es nicht für Menschen, sondern für Insekten gemacht: 500 Quadratmeter sorgsam gestaltete Ausgleichsfläche.

Schlummerndes Interesse

Hier an der Grenze zwischen Inner- und Ausserrhoden hat Reckhaus' Firma ihren Schweizer Sitz mit zehn Mitarbeitenden. 50 Angestellte sind es am Hauptsitz in Bielefeld, wo sich die Produktion befindet. Die Firma lebt davon, Insekten zu töten: Sie stellt Biozide zur Insektenbekämpfung in Innenräumen her. Dass Hans-Dietrich Reckhaus das Familienunternehmen einmal übernehmen würde, das sein Vater aufgebaut hatte, war im Elternhaus in Bielefeld vorgezeichnet. «Ich wuchs so auf, dass das nie infrage gestellt wurde», erzählt er, zurück in seinem Büro. Der Junior wurde zur Ausbildung an die Wirtschaftsuniversität (HSG) nach St. Gallen geschickt. Dort habe er sich nebenbei in die nahe Hügellandschaft des Appenzellerlands verliebt.

Reckhaus kann sich nicht erinnern, in jener Zeit ein ausgeprägtes Engagement für ökologische Themen gezeigt zu haben. Offensichtlich aber habe es in ihm geschlummert. Immerhin habe er 1990 als einer der Ersten an der HSG seine Diplomarbeit auf Umweltschutzpapier eingereicht. Und immerhin habe die Arbeit über strategische Erfolgspositionen in der Aerosolbranche den Umweltschutzgedanken im Fokus gehabt. Zurück im elterlichen Betrieb, versuchte er während zweier Jahre dann erfolglos, einen Spray ohne Treibmittel im Markt zu etablieren. Er war zu früh: «Es war ein Riesenflop.» Danach habe er



Hans-Dietrich Reckhaus posiert auf der ersten Insekten-Ausgleichsfläche der Schweiz in Strahlholz bei Gais.

SIMON TANNER

keine nennenswerten ökologischen Aktivitäten mehr entwickelt. Vielmehr begann er, sich für Kunst zu interessieren.

Heute zeigt Hans-Dietrich Reckhaus «Freude daran, an der Gesellschaft zu rütteln». Dass er sich vor einigen Jahren als mittlerweile gestandener Unternehmer für Biodiversität zu interessieren begann, verdankt er der Kultur. Dank Agathe Nisple, der Kulturvermittlerin aus Appenzell, kam er für eine Werbekampagne in Kontakt mit den Zwillingen Frank und Patrik Riklin, die in St. Gallen ihr künstlerisches Atelier für Sonderaufgaben betreiben. Sie hätten ihm unverblümt erklärt, dass seine Produkte schlecht seien. Es gehe nicht an, Fliegen nur zu töten, denn sie seien nützlich. Er solle auch einmal Fliegen retten.

Die Intervention der beiden Riklins habe ihn nicht in Ruhe gelassen, erinnert sich Reckhaus. «Zuvor hatte ich nie über den Wert von Insekten nachgedacht.» Inzwischen setzt er sich auf verschiedenen Ebenen für einen Paradigmenwechsel ein: Es gehe nicht an, nur nach kurzfristigen, monetären Überlegungen zu handeln, nötig sei ein ganzheitliches Denken. «Die Balance muss stimmen. Wir Familienunternehmer müssen vorangehen, weil wir uns langfristig orientieren.» Das Thema prägt heute Reckhaus' Handeln. Ohnehin habe er sich nie

als typischen Wachstumsunternehmer verstanden. Nicht zuletzt bescherte es ihm einen Ausbruch aus der geschäftlichen Routine: «Meine Zufriedenheit ist gewachsen. Meine Firma macht mir wieder viel mehr Freude.»

Weiterhin produziert die Firma Reckhaus Biozide, um Insekten zu töten. Doch das geschehe, relativiert der Unternehmer, möglichst umweltverträglich. Er plädiert für eine Verschiebung von umweltgefährdenden zu umweltschonenden Methoden und Produkten. Er ermittelte, wie Biozide die Insektenpopulation beeinträchtigen, und leitete modellhaft ab, wie das zu kompensieren ist. Mit der Fliegenscheibe hat er erstmals ein Produkt auf den Markt gebracht, das insektizidfrei ist und diese Kompensationen leistet. 2012 entstand am Hauptsitz in Bielefeld die erste Ausgleichsfläche, im September 2015 auf dem Flachdach in Gais die erste auf Schweizer Boden, 500 Quadratmeter gross. Sie kompensiert die Zahl von mit 230 000 Packungen getöteten Fliegen.

Hans-Dietrich Reckhaus schreibt Bücher zum Thema, tritt an Veranstaltungen auf, stiftete die Placierung der toten Stubenfliege Erika als Kunstwerk an der HSG – eine Aktion, bei der die Fliege in den Boden eingelassen wurde. Die Idee kam erneut von den Riklin-

Zwillingen. Unterdessen hat der «umgedrehte» Unternehmer mehrere Auszeichnungen erhalten, zuletzt Ende 2015 in Lausanne den Schweizer Ethikpreis.

Insekten fürs Überleben nötig

«Wir geben jetzt Gas», sagt Reckhaus. «Ich möchte das Gedankengut Dritten zur Verfügung stellen.» Dazu dient das Label «Insect Respect», auf dessen Website etwa der Animationsfilm «Kleine Riesen» aufgeschaltet ist. Im Februar wird ein Internet-Shop eröffnet. Mit über einer Million bekannten Arten sind die Insekten die artenreichste Tierklasse. Sie ist nicht vom Aussterben bedroht, wegen der Versiegelung natürlicher Flächen wird aber laufend Lebensraum zerstört. In Europa ist ihre Zahl rückläufig. «Ohne Insekten», so Reckhaus, «gäbe es uns Menschen nicht mehr lange.»

Sein Engagement bilanziert er nüchtern: «Ich habe bisher keinen wirtschaftlichen Erfolg damit.» Es koste vielmehr Energie und Geld: Seit 2012 habe seine Firma mehr als eine Million Franken hineingesteckt. Doch heute hat Hans-Dietrich Reckhaus, anders als nach dem Studium, einen langen Atem: «Anfangs wurden wir belächelt. Je länger es dauert, desto besser ist die Akzeptanz. Wir haben einen langen Weg vor uns.»

Zurückhaltende Reaktionen auf SRG-Vorschläge

Die Vertreter der privaten Medien reagieren verhalten auf die Kooperationsangebote der SRG. Allfällige Partnerschaften wollen sie nicht ausschliessen, doch haben sie auch Bedenken.

RAINER STADLER

Die SRG hat Ende der vergangenen Woche den Interessenverbänden der privaten Medienhäuser elf Angebote für eine Zusammenarbeit mit dem öffentlichen Rundfunk gemacht. Die Kooperationsmodelle hat Generaldirektor Roger de Weck am Samstag in einem Artikel für die NZZ vorgestellt. Der schnelle Gang an die Öffentlichkeit löste bei einigen Betroffenen Unbehagen aus. Hanspeter Lebrument, Präsident des Verbands Schweizer Medien, bezeichnete das in einem Meinungsbeitrag für die «Sonntags-Zeitung» als «seltsame Herangehensweise». Die «vordergründig grosszügige Geste der SRG» wirke durch die Art ihrer Übermittlung unglaubwürdig. Dennoch sei sein Verband zu Gesprächen bereit. Dazu nötig sei aber seitens der SRG «die Bereitschaft zur konstruktiven Zusammenarbeit».

Nach Ansicht von Lebrument versteht die SRG die Herausforderungen der Medienhäuser nicht. «Unser Hauptproblem sind die sinkenden Werbeeinnahmen», sagte er auf Anfrage. Die von der SRG vorgeschlagenen Kooperationsmöglichkeiten würden dafür keine Lösung bieten. Partnerschaften in den Bereichen Ausbildung und Technologie seien für die Zeitungshäuser sekundär. Mit Blick auf die Übernahme von Radio- und Fernsehbeiträgen der SRG hält es Lebrument nicht für legitim, dass die Verleger dafür zahlen müssen. Auch eine Beteiligung an den kommerziellen Erträgen, wie dies die SRG vorschlägt, hält der Verlegerpräsident nicht für richtig. Öffentlich finanzierte Service-public-Inhalte müssten allen Medien ohne Auflagen zur Verfügung stehen. Ferner sieht Lebrument die Gefahr, dass die privaten Medien von der SRG abhängiger werden, wenn sie auf die vorgeschlagenen Kooperationen eingehen.

Telesuisse, der Verband der regionalen Fernsehsender, zeigt sich grundsätzlich offen, wenn «die SRG nach Wegen sucht, die inländischen Medien und damit auch die Regionalfernsehsender zu stärken». Wie André Moesch, Präsident der Vereinigung, auf Anfrage sagte, hält er Partnerschaften in den Bereichen Technologie und Ausbildung für sinnvoll. Verhandlungen müssten aber auf Augenhöhe erfolgen. Auch Telesuisse fürchtet sich vor einer «immer grösseren Abhängigkeit» von der SRG. Im Weiteren kritisiert Moesch die Angebote im Sportbereich, da nur von Randsportarten die Rede sei.

Der Verband Schweizer Privatradios weist darauf hin, dass man etwa in den Bereichen Digitalisierung und Nutzungsforschung bereits mit der SRG kooperiere. Gespräche über eine weitere Zusammenarbeit hält man für sinnvoll, wenn dadurch die private Radiobranche gestärkt werden könne, wie Verbandspräsident Jürg Bachmann sagt. Die Privatradios müssten aber mehr Spielraum haben: «Die SRG hat sich im Radio in einer Weise ausgebreitet, die möglicherweise den Service public übersteigt und Korrekturen zulässt.»

Philippe Zahno, Präsident der Radios Régionales Romandes, verweist ebenfalls auf die schon bestehende Kooperation bei der Ausbildung und der Technik. Das Einvernehmen mit der Westschweizer SRG-Tochter RTS sei gut. So wolle man fortfahren und dabei die programmliche und ökonomische Selbständigkeit bewahren.

Die Union nicht-kommerzienter Lokalfunk sieht den Grössenunterschied zur SRG als Problem. Auch beim besten Willen beider Seiten sei ein Dialog darum nicht einfach, sagt Präsident Lukas Weiss. Es würde ihn darum erstaunen, wenn die Vorschlagsliste bei seinen Mitgliedern «gleich das grosse Hurra auslösen würde».

Geballte Kraft gegen die Durchsetzungsinitiative

Bei der Bekämpfung der Initiative herrscht ungewohnte Geschlossenheit bei den Parteien links der SVP

Die SVP-Initiative sei ein Angriff auf Gewaltenteilung, Verhältnismässigkeit, Rechtsstaat, Grundrechte und die Bilateralen, sagen ihre Gegner.

flj. Bern · Das Aufgebot war gross: Parlamentarier aus sieben Parteien (CVP, FDP, SP, Grüne, GLP, BDP und EVP) sowie eine Vertreterin der Non-Profit-Organisationen (NGO) präsentierten am Montag vor den Medien ihre Argumente gegen die Durchsetzungsinitiative der SVP, welche straffällig gewordene Ausländer bei bestimmten Delikten ungeachtet des Einzelfalls und des Strafmasses automatisch ausschaffen will. Ihre Botschaft: Die Initiative sei unnötig und unschweizerisch. Nationalrätin Marianne Streiff (evp.) sprach von einer

«üblen Zwängerei», weil das Parlament zur 2010 angenommenen Ausschaffungsinitiative bereits ein griffiges Gesetz verabschiedet habe. Es handle sich dabei um einen Angriff auf den Rechtsstaat, sagte Ständerat Robert Cramer (gp.), weil eine Verfassungsbestimmung über alle anderen gestellt werden solle. Das Parlament habe die Aufgabe, neue Verfassungsbestimmungen im Einklang mit der Verfassung und bestehenden internationalen Verträgen umzusetzen.

Doch nicht nur das Parlament werde durch die Initiative ausgehebelt, auch die Richter würden ihres Ermessensspielraums beraubt, sagte Ständerat Filippo Lombardi (cvp.). Dies, weil eine Ausschaffung ungeachtet des Strafmasses und der persönlichen Umstände erfolgen müsse. Von der Initiative wären nicht nur kriminelle Asylbewerber oder Kriminaltouristen betroffen, sondern

auch sämtliche Ausländer, die in der Schweiz geboren und gut integriert seien. Sie betreffe mithin ein Viertel der Schweizer Bevölkerung.

Die Initiative sei unverhältnismässig, weil mit ihr auch Bagatelldelikte zur Ausschaffung führen könnten, erklärte FDP-Ständerat Andrea Caroni. Der Deliktskatalog sei im Vergleich zur Ausschaffungsinitiative wesentlich erweitert worden. Caroni illustrierte dies am Beispiel eines jungen Erwachsenen, der in einen Wohnwagen einbreche und dort eine Flasche Schnaps entwende. Er würde bei einer Verurteilung automatisch ausgeschafft – auch wenn er in der Schweiz geboren sei und nie in seinem Heimatland gelebt habe. Im Wiederholungsfall könnten auch leichtere Delikte, wie etwa zu schnelles Fahren oder der Verkauf einer kleinen Menge von Cannabis, zu einer Ausschaffung führen.

Flavia Kleiner warnte namens des des NGO-Komitees vor der Preisgabe elementarer Grundrechte, wie etwa des Rechts auf eine Beurteilung im Einzelfall. Bei einer Annahme der Initiative würde es absehbar zu Konflikten mit dem Menschenrechtsgerichtshof in Strassburg kommen. Eine Kündigung der Europäischen Menschenrechtskonvention, welche die SVP bewusst in Kauf nehme, wäre «ein Angriff auf die Rechte von uns allen», so Kleiner.

Nicht nur mit den Menschenrechten gerate die Initiative in Konflikt, sondern auch mit der Personenfreizügigkeit, mahnte Nationalrat Beat Flach (glp.). Dies, weil EU-Bürger wegen Bagatelldelikten des Landes verwiesen werden könnten. Bei einem Ja zur Initiative würden die ohnehin schwierigen Verhandlungen mit der EU über die Zuwanderung noch erschwert.